Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Land Hessen

1954  |  Ausgegeben zu Wiesbaden am 18. Oktober 1954  |  Nr. 28

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>15. 10. 54</td>
<td>(62) Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau</td>
<td>159</td>
</tr>
<tr>
<td>14. 10. 54</td>
<td>(63) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die besonderen Rechtsverhältnisse der Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen</td>
<td>161</td>
</tr>
<tr>
<td>14. 10. 54</td>
<td>(64) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Beauftragung der Versicherungsunternehmen außerhalb der Sozialversicherung in Hessen</td>
<td>161</td>
</tr>
<tr>
<td>14. 10. 54</td>
<td>(65) Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer der Betriebsräte in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben</td>
<td>162</td>
</tr>
<tr>
<td>23. 9. 54</td>
<td>(66) Zweite Hessische Verordnung zur Durchführung des Saatgutgesetzes</td>
<td>162</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

(62) **Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau.**


§ 1 **Grunderwerbsteuerbefreiheit**

(1) Von der Besteuerung nach dem Grunderwerbsteuergesetz vom 29. März 1940 (RGBl. I S. 585) sind auf Antrag des Erwerbers ausgenommen:

1. der Erwerb eines unbebauten Grundstücks oder eines Grundstücks mit zerstörten Gebäuden zur Errichtung eines Gebäudes, dessen anrechenbare Grundfläche mindestens zu 50 vom Hundert auf steuerbegünstigte Wohnungen entfällt. Ein Gebäude gilt als zerstört, wenn oberhalb des Kellergeschosses auf die Dauer benutzbarer Raum nicht vorhanden ist;

2. der Erwerb eines Grundstücks mit einem Gebäude, das zu mehr als 50 vom Hundert beschädigt ist, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:
   a) der Erwerb muß erfolgen, um die Wiederherstellung des Gebäudes durchzuführen;
   b) die anrechenbare Grundfläche der durch die Wiederherstellung neu geschaffenen Wohnungen muß mindestens zu 50 vom Hundert auf steuerbegünstigte Wohnungen entfallen;
   c) die durch die Wiederherstellung des Gebäudes neu geschaffene, anrechenbare Grundfläche aller Räume muß mindestens der Grundfläche entsprechen, die vor der Beschädigung vorhanden war, es sei denn, daß die Wiederherstellung in diesem Umfang nach baurechtlichen Vorschriften nicht möglich ist;

3. der Erwerb eines Grundstücks, das sich im Zustand der Bebauung befindet, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:
   a) der Erwerb muß zur Fertigstellung des Gebäudes erfolgen;
   b) die anrechenbare Grundfläche der durch die Fertigstellung des Gebäudes neu geschaffenen Wohnungen muß mindestens zu 80 vom Hundert auf steuerbegünstigte Wohnungen entfallen;


6. der Rückerwerb und die Veräußerung eines Eigenheims (Ziffer 4) oder einer Eigentumswohnung (Ziffer 5) durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, einen gemeinnützigen Bauträger oder ein freies Wohnungsbetrieb, die das Eigenheim oder die Eigentumswohnung geschaffen haben, wenn der Veräußerungspreis den bei der erstmaligen Veräußerung zugrunde gelegten Preis nicht übersteigt;

7. der Erwerb eines Grundstücks durch Gebietskörperschaften zwecks Weiterverschanzung oder Verpachtung im Wege des Erbbaurechts an einen Erwerber, der auf dem Grundstück ein Gebäude mit Wohnungen der in Ziffer 1 bezeichneten Art errichtet;

8. der Erwerb und die Weiterveräußerung eines unbebauten Grundstücks oder eines Grundstücks an einen Erwerber, der für die Errichtung eines Gebäudes mit Wohnungen der in Ziffer 6 bezeichneten Art vorgesehen ist.
mit zerstörteten Gebäuden (Ziffer 1) durch eine Gebietskörperschaft zum Zwecke des Austausches gegen ein anderes Grundstück, auf dem ausschließlich steuerbegünstigte Wohnungen errichtet werden sollen;


(2) Der Antrag kann nur bis zur Rechtskraft des Grunderwerbsteuerbescheides beim zuständigen Finanzamt gestellt werden.

§ 2
Begriffsbestimmungen


(2) Steuerbegünstigt sind auch solche Wohnungen im Sinne des Absatzes 1, die zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken mitbenutzt werden, sofern nicht mehr als die Hälfte der Wohnfläche gewerblichen oder beruflichen Zwecken dient.


§ 3
Umfang der Steuerbefreiung

(1) Die Steuerbefreiung erstreckt sich auf den Erwerb

a) des Grund und Bodens, auf dem die steuerbegünstigten Wohnungen errichtet werden,

b) der dazugehörigen Hofräume und Hausgärten, soweit die gesamte Grundfläche das Flächen der überbauten Fläche nicht übersteigt,

mindestens auf den Erwerb von insgesamt 600 qm.

(2) Die Steuerbefreiung erstreckt sich in den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 2 und 3 nur auf den Wert des Grund und Bodens.


§ 4
Nachweis der Voraussetzungen der Steuervergünstigung

(1) Der Erwerber eines Grundstücks, der Grund-erwerbsteuerfreiheit auf Grund des § 1 Absatz 1 Ziffer 1 bis 3 in Anspruch nimmt, hat zugleich mit dem Antrag auf Steuerbefreiung beim zuständigen Finanzamt eine Erklärung einzureichen, in der er versichert, daß das Grundstück innerhalb von drei Jahren vom Tage der Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung an gerechnet zu dem steuerbegünstigten Zweck verwendet wird. In diesem Fall sieht das Finanzamt zunächst von einer Steuerfestsetzung ab und erteilt dem Grundstückerwerber die Unbedenklichkeitsbescheinigung.

(2) Der Erwerber eines solchen Grundstücks wird endgültig von der Steuer freigestellt, wenn er dem Finanzamt eine Bescheinigung vorlegt, aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen des § 1 erfüllt sind.

(3) In den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 4 und 5 hat der Erwerber eine Bescheinigung des Bauträgers vorzulegen, aus der sich ergibt, wann das Gebäude bezogen worden ist.

§ 5
Fortfall der Steuerbefreiung

(1) Die Steuerbefreiung entfällt

1. in den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 1 bis 3, wenn der Erwerber des Grundstückes, auf dem steuerbegünstigten Wohnungen errichtet werden sollen, nicht binnen drei Jahren oder, wenn der Erwerber eine Gebietskörperschaft ist, nicht binnen fünf Jahren vom Ausstellungstag der Unbedenklichkeitsbescheinigung an gerechnet das Grundstück dem steuerbegünstigten Zweck zugeführt hat und nicht innerhalb eines weiteren Jahres die in § 4 Absatz 2 geforderte Bescheinigung vorlegt,

2. in den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 4, 5 und 9, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Bezugsfähigkeit das Eigentum an dem Eigenheim oder an der Eigentumswohnung auf den Erwerber übergegangen oder das Eigentum inzwischen an dem bebauten Grundstück auf den früheren Eigentümer zurückübertragen ist,

3. in den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 7 und 8, wenn der Erwerber nicht binnen fünf Jahren seit dem Erwerb des Grundstücks durch die Gebietskörperschaft ein Gebäude im Sinne des § 1 Absatz 1 Ziffer 1 errichtet,

4. wenn das Grundstück, in den Fällen des § 1 Absatz 1 Ziffer 3 das eingetauschte Grundstück, weiterveräußert wird, bevor die zu errichtenden Wohnungen bezugsfertig sind,


(2) Auf die Steuer ist ein Zuschlag zu entrichten. Dieser beträgt fünf vom Hundert der Steuerschuld für jedes volle oder angefangene Jahr vom Tage der Unbedenklichkeitsbescheinigung bis zur Entstehung der Steuerschuld. Der Zuschlag gilt als Teil der Steuer.
§ 6
Durchführungsbestimmungen

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsanordnungen erläßt der Minister der Finanzen.

§ 7
Übergangs- und Schlußbestimmungen

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1954 in Kraft.


(3) Ist nach dem 31. März 1954 ein Erwerb nach bisherigem Recht steuerpflichtig geworden und die Steuer festgesetzt, so kann der Antrag auf Grunderwerbsteuerbefreiung (§ 1 Absatz 2) ohne Rückblick auf die Rechtskraft des Grunderwerbsteuerbescheides binnen sechs Monaten nach dem Tage der Verkündung dieses Gesetzes gestellt werden.


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.


Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident Der Minister der Finanzen

Dr. Zinn Dr. Troeger

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

(63) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die besonderen Rechtsverhältnisse der Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen.


Artikel I

Das Gesetz über die besonderen Rechtsverhältnisse der Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen vom 10. November 1950 (GVBl. S. 251) wird wie folgt ergänzt:

1. Dem § 5 wird folgender Absatz 2 angefügt:

(2) Zu den Dienstbezügen gehören

a) das nach dem Besoldungsrecht zuletzt bezogene Grundgehalt oder die zuletzt bezogenen dem Grundgehalt entsprechenden Dienstbezüge,

b) der zuletzt bezogene Wohnungsgeldzuschuß; bei Wechsel des Wohnsitzes der ruhegehaltfähige Wohnungsgeldzuschuß,

c) sonstige Dienstbezüge, die nach der Entpflichtung auf Grund des Besoldungsrechts oder des Haushaltplans weiter zu zahlen sind.

2. Dem § 7 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

(4) Bei Berechnung des Ruhegehalts und Benennung der Hinterbliebenenbezüge nach § 6 ist die Zeit vom Tage der Verleihung der Dozentur an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule an und die Dienstzeit als planmäßiger Assistent auf einer Planstelle an einer deutschen wissenschaftlichen Hochschule als ruhegehaltfähige Dienstzeit anzurechnen, auch wenn der Dozent oder Assistent nicht im Beamtenverhältnis stand.


Artikel II

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1954 in Kraft.

(2) Überzahlungen auf Grund der bisherigen Bestimmungen werden nicht zurückgefordert.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.


Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident Der Minister für Erziehung und Volksbildung

Dr. Zinn Hennig
sichtsbehörde im Sinne des Gesetzes über die Be-
aufsicht der privaten Versicherungsunter-
nehmungen und Bausparkassen (VAG).

(3) Die Aufsicht über die laufende Verwaltung
der privaten Versicherungsunternehmen, deren
Geschäftsbetrieb über den Umfang eines Land-
kreises oder einer kreisfreien Stadt nicht hinaus-
gehst, sowie die laufende Verwaltung der als klei-
nere Vereine im Sinne des § 53 VAG anerkannten
Versicherungsunternehmen führt, soweit die Auf-
sicht nach Absatz 2 übertragen ist, an Stelle des
Regierungspräsidenten der Landrat des Land-
kreises bzw. der Oberbürgermeister der kreisfreien
Stadt, in deren Gebiet das Versicherungsunter-
nehmen seinen Sitz hat."

Artikel II
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April
1953 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landes-
regierung sind gewahrt.


Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Dr. Zinn
Wirtschaft und Verkehr
Fischer

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen,
das hiermit verkündet wird:

(65) Gesetz
über die Verlängerung der Amtsdauer
der Betriebsräte in öffentlichen Verwaltungen
und Betrieben.

§ 1
Die Amtsdauer der nach den Bestimmungen des
Betriebsrätegesetzes für das Land Hessen vom
31. Mai 1948 (GVBl. S. 117) gewählten und zum
Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im
Amt befindlichen Betriebsräte in den Verwaltun-
gen und Betrieben des Landes, der Gemeinden, der
Gemeindeverbände und der der Aufsicht des Lan-
des unterliegenden Körperschaften, Anstalten und
Stiftungen des öffentlichen Rechts wird bis zum

§ 2
Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkünd-
ung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landes-
regierung sind gewahrt.


Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Dr. Zinn
Wirtschaft und Verkehr
Fischer

(66) Zweite Hessische Verordnung
zur Durchführung des Saatgutgesetzes

Auf Grund des § 59 Absatz 1 des Saatgutgesetzes
vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) und
des § 4 Absatz 2 des Land- und Forstwirtschafts-
kammergesetzes vom 24. Juni 1953 (GVBl. S. 113)
wird verordnet:

§ 1
Die Land- und Forstwirtschaftskammern sind
zuständige Behörden im Sinne des § 59 des Saat-
gutgesetzes.

§ 2
Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkünd-
ung in Kraft.


Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten
Bodenbender